



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Europäische Kommission
Az.: 009-2/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

19. Februar 2020

Rundschreiben Nr. 114/2020

Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2020

Bezug: Unser Rundschreiben Nr. 062/2020 vom 28. Januar 2020

Kurzfassung:

Die EU-Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2020 vorgelegt. Die angekündigten Vorschläge entsprechen der Umsetzung der politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin. Das Rundschreiben gibt insbesondere Auskunft über die angekündigten neuen Vorhaben mit kommunaler Relevanz. Schwerpunkte bilden die Initiativen zur Umsetzung des europäischen „Grünen Deals“ sowie Maßnahmen zur Digitalisierung und in den Bereichen Soziales, Asyl und Migration. Auffallend ist, dass wenig neue legislative Vorschläge geplant sind. Die Kommission setzt in diesem Jahr vielmehr auf nicht-legislative Maßnahmen sowie die Fortsetzung anhängiger Verfahren aus der letzten Amtsperiode.

Die EU-Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 veröffentlicht. Die Vorschläge dienen der Umsetzung der angekündigten politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Neben einer erläuternden Mitteilung zum Arbeitsprogramm (**Anlage 1**) werden die Vorhaben in Anhängen geordnet nach neuen (legislativen und nicht legislativen) Vorschlägen, vorrangigen und anhängigen Verfahren, REFIT-Maßnahmen und zurückzuziehenden Legislativakten aufgelistet.

Der Annex 1 (**Anlage 2**) enthält für das kommende Jahr die folgenden geplanten neuen Maßnahmen mit Kommunalrelevanz aus den einzelnen Politikbereichen:

a) „Ein europäischer Grüner Deal“

Das Arbeitsprogramm kündigt hierzu u. a. folgende Initiativen an:



Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

- europäisches Klimarecht zur Verankerung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 (legislativ, 1. Quartal 2020),
- der europäische Klimapakt (nicht legislativ, 3. Quartal 2020),
- neue Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen (nicht legislativ, 3. Quartal 2020),
- Überprüfung der Richtlinie über die Angabe nichtfinanzieller Informationen (legislativ, 4. Quartal 2020),
- neue EU-Forststrategie (nicht legislativ, 4. Quartal 2020),
- Renovierungswelle (nicht legislativ, 3. Quartal 2020),
- neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (nicht legislativ, 4. Quartal 2020) sowie
- Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität (nicht legislativ, 4. Quartal 2020).

b) Digitalisierung („Ein Europa für das digitale Zeitalter“)

Im Bereich der Digitalisierung sind folgende Maßnahmen geplant:

- Strategie für Europa - Fit für das digitale Zeitalter (nicht legislativ, 1. Quartal 2020),
- aktualisierter Aktionsplan für digitale Bildung (nicht legislativ, 2. Quartal 2020),
- europäische Datenstrategie (nicht legislativ, 1. Quartal 2020),
- Folgemaßnahmen zum Weißbuch zur künstlichen Intelligenz, einschließlich Sicherheit, Haftung, Grundrechte und Daten (legislativ, 4. Quartal 2020),
- Rechtsakt über digitale Dienste (legislativ, 4. Quartal 2020),
- Überarbeitung der Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie, legislativ, 4. Quartal, 2020),
- Industriestrategie, Bericht über Binnenmarkthindernisse, Aktionsplan zur Durchsetzung des Binnenmarkts, KMU-Strategie (allesamt nicht legislativ, 1. Quartal 2020) sowie
- Aktionsplan zur Finanztechnologie einschließlich einer Strategie für einen integrierten EU-Zahlungsverkehrsmarkt (nicht legislativ, 3. Quartal 2020).

c) Soziales („Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“)

Für die Übergänge zum digitalen Wandel sowie zur Klimawende soll ein Aktionsplan für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte umgesetzt werden. Im Bereich Soziales sind u. a. folgenden Initiativen gegeben:

- ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang (nicht legislativ, 1. Quartal 2020),
- gerechte Mindestlöhne für Arbeitnehmer in der EU (legislativ, 1./3. Quartal 2020),
- Stärkung der Jugendgarantie (nicht legislativ, 2. Quartal 2020) sowie
- europäische Arbeitslosenrückversicherung (legislativ, 4. Quartal 2020).

d) Finanzpolitik („Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“)

Mit einem Aktionsplan zur Kapitalmarktunion (nicht legislativ, 3. Quartal 2020) soll Bürgern sowie Unternehmen in der gesamten EU gleichberechtigter Zugang zu Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Überdies soll die Vollendung der Bankenunion durch Überprüfung der Eigenkapitalvorschriften (legislativ, 2. Quartal 2020) erfolgen.

e) Internationales („Ein stärkeres Europa in der Welt“)

Die Kommission wird zur Förderung der Zusammenarbeit eine umfassende Afrika-Strategie vorlegen (nicht legislativ, 1. Quartal 2020). Überdies soll nach der WTO-Ministerkonferenz im Juni 2020 eine umfassende Initiative zur WTO-Reform angestoßen werden. Dabei werden noch nachdrücklicher faire, wirksame und durchsetzbare Regeln gefordert, die gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Handelspartner schaffen (nicht legislativ, 4. Quartal 2020).

f) Asyl und Migration („Förderung unserer europäischen Lebensweise“)

Es sollen ein neuer Migrations- und Asylpakt sowie begleitende Legislativvorschläge ausgearbeitet werden (nicht legislativ und legislativ, 1. Quartal 2020). Geplant ist ein Gesamtkonzept, das der Tatsache Rechnung trägt, dass die internen und externen Aspekte der Migration untrennbar miteinander verbunden sind.

Außerdem wird ein neuer Aktionsplan für Integration und Inklusion vorgelegt, um sicherzustellen, dass die Schwächsten in unserer Gesellschaft geschützt werden (nicht legislativ, 4. Quartal 2020).

g) Anti-Diskriminierung und sonstige Maßnahmen („Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“)

In den Bereichen Anti-Diskriminierung, Gleichstellung, Zukunft Europas und Grundrechte sind u. a. folgende, im Wesentlichen rechtlich nicht verbindliche Initiativen vorgesehen:

- Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels (nicht legislativ, 1. Quartal 2020),
- Grünbuch zum Thema Altern (nicht legislativ, 4. Quartal 2020),
- europäische Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter (nicht legislativ, 1. Quartal 2020), gefolgt von verbindlichen Transparenzmaßnahmen (legislativ, 4. Quartal 2020),
- EU-Rahmen für Strategien zur Gleichstellung und Inklusion der Roma nach 2020 (nicht legislativ, 4. Quartal 2020),
- Gestaltung der Konferenz über die Zukunft Europas (nicht legislativ, 1. Quartal 2020),
- Bericht über die Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung (nicht legislativ, 2. Quartal 2020) sowie
- Mitteilung über bessere Rechtsetzung (nicht legislativ, 2. Quartal 2020).

Der Annex 2 (**Anlage 3**) enthält sog. REFIT-Maßnahmen. REFIT ist das Programm der Europäischen Kommission zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung, mit dem das EU-Recht vereinfacht und Regulierungskosten gesenkt werden sollen. Dazu gehören

- Rechtsetzungsinitiativen, mit denen Verwaltungsaufwand reduziert werden soll,
- die Aufhebung von Rechtsakten, die nicht mehr notwendig sind, und
- die Rücknahme von Vorschlägen, die keine realistische Chance auf Annahme haben oder deren ursprüngliche Ziele nicht mehr erreicht werden können.

Aufgelistet werden hier kommunalrelevante Maßnahmen aus den Bereichen des europäischen Umwelt- und Abfallrechts, des EU-Beihilferechts sowie dem Breitbandausbau.

Annex 3 (**Anlage 4**) enthält eine Liste vorrangiger, bereits anhängiger Vorschläge. Das sind bereits im Gesetzgebungsverfahren befindliche Initiativen aus der letzten Amtsperiode, denen im Jahr 2020 vorrangige Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Dazu zählen viele kommunalrelevante Maßnahmen, u. a.

- die Verordnung zur Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems,
- die Richtlinie und Verordnung zur Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte aus dem Dienstleistungspaket von 2017,
- die Vorschläge zu den Fondsverordnungen für die neue Förderperiode 2021-2027 sowie
- zahlreiche Vorschläge aus dem Bereich Asyl und Migration.

Annex 4 (**Anlage 5**) enthält eine Liste der Legislativakte, die zurückgezogen werden sollen.

Bewertung

Auffallend ist, dass die Kommission für 2020 wenig neue legislative Vorschläge mit Relevanz für die Landkreise plant. Der Schwerpunkt liegt in diesem Jahr vielmehr auf nicht-legislative Maßnahmen, die Gesetzgebungsvorschläge vorbereiten, sowie der Fortsetzung anhängiger Verfahren aus der letzten Amtsperiode.

Wir werden über die konkrete Umsetzung zeitnah berichten.



Theel

Anlagen